

Herrn
Heiner Kollmeyer
Vorsitzender des Planungsausschusses

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Birgit Niemann-Hollatz, Sprecherin
Maik Steiner, Stellv. Sprecher

Böttchergasse 4
33330 Gütersloh
Tel.: 05241/26533
Fax: 05241/235867
Mail: fraktion@gruene-guetersloh.de

Gütersloh, 18.10.2016

Antrag für den Planungsausschuss am 31.10.2016

Sehr geehrter Herr Kollmeyer,

die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt für den Planungsausschuss am 31.10.2016 zum Thema „Konzept für kostengünstigen Wohnraum“ den folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung erarbeitet kurzfristig ein konkretes Konzept für die mittel- und langfristige Unterbringung von Personen mit Bedarf an kostengünstigem Wohnraum. Dabei wird eine gemeinsame dauerhafte Lösung für Geflüchtete und für die wohnungssuchende Gütersloher Bevölkerung ausgearbeitet.

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Immobilienwesen am 06.10.2016 wurde ausführlich über die Fortschreibung der Rahmenplanung zur Flüchtlingsunterbringung in der Stadt Gütersloh für das Jahr 2016 (Vorlage 280/2016) beraten. Es stellte sich heraus, dass neben der kurzfristigen, zeitlich begrenzten Unterbringung von Flüchtlingen in der Parseval-Siedlung und auf dem Flugplatz konkret weiter an einem mittel- bis langfristigen Konzept für kostengünstigen Mietwohnungsbau gearbeitet werden muss. Dabei ist bei den Überlegungen zu einer dauerhaften Unterbringung eine Differenzierung zwischen Geflüchteten und der angestammten Gütersloher Bevölkerung nicht zielführend. Auch der Integrationsgedanke muss in diesem Konzept aufgegriffen werden.

Aktuelle Wohnungsmarktdaten zeigen, dass der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Gütersloh weiter gestiegen und die Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnraum im unteren Preissegment unzureichend ist, während der Anteil des frei finanzierten, preislich höheren Mietwohnraums am Wohnungsmarkt steigt.

So hat die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zwar seit dem Jahr 2009 (21.286) um gut 4,9 Prozent auf 22.326 im Jahr 2015 zugenommen, gleichzeitig ist aber Anteil des geförderten Mietwohnungsbaus – auch sozialer Wohnungsbau genannt - von 12 Prozent im Jahr 2009 auf 10,16 Prozent im Jahr 2015 gesunken, bei leicht steigender Bevölkerungszahl. In absoluten Zahlen sank der geförderte Mietwohnungsbestand von 2.555 im Jahr 2009 auf 2.244 im Jahr 2014.

Gleichzeitig muss man mit Sorge zur Kenntnis nehmen, dass das Interesse der Investoren, in den preisgebundenen, bezahlbaren Wohnungsbau zu investieren, weiter drastisch abnimmt. So sind im Jahr 2015 nur 14 neue preisgebundene Wohnungen bewilligt worden, während es im Jahr 2009 noch 146 waren.

Die Erarbeitung eines konkreten Konzeptes und zusätzliche Aktivitäten für mehr bezahlbaren Wohnraum sind also dringend nötig. Die Beratung dieses Konzeptes soll im Planungsausschuss erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Niemann-Hollatz
Fraktionssprecherin

Maik Steiner
stellv. Fraktionssprecher